

Telegraphische Depeschen.

Bern, 9. Januar. Heute hat die Eröffnung der schweizerischen Bundesversammlung ohne offizielle Rede stattgefunden. Die Versammlung war sehr spärlich besucht.

Wien, 9. Januar, Abends. Die Bankdirektoren Biedermann, Königswarter und Marman haben den Orden der eisernen Krone erhalten. Joseph Winter ist ins Direktorium gewählt worden.

Telegraphische Nachrichten.

New-York, 28. Decr. Obwohl die Sprecherwahl im Congresse noch nicht stattgefunden, hat Präsident Buchanan doch gestern seine Botschaft an letztern gelangen lassen. Er erwähnt darin die Ereignisse von Harpers Ferry und drückt die Hoffnung aus, daß für künftig Ereignisse dieser Art unmöglich gemacht sein würden. Er wünscht der Union Glück dazu, daß die höhern Gerichtshöfe die Sklavenfrage nunmehr gelöst hätten, indem von ihnen entschieden worden sei, daß jeder Bürger das Recht habe, sein Eigenthum, Sklaven inbegriffen, nach den gemeinsamen Territorien zu bringen, und dabei auf den Schutz der Bundesverfassung rechnen könne. Gegen den Sklavenhandel würden die strengsten Maßregeln fortgesetzt.

In China, fährt die Botschaft fort, hätten die Ereignisse die Weisheit der von der Regierung befolgten Politik bestätigt. Mit Frankreich, Rußland und allen andern Regierungen, Spanien ausgenommen, stehe die Union fortwährend in sehr freundschaftlichen Beziehungen. General Scott sei von San-Juan zurückgekehrt, nachdem er seine Mission glücklich erfüllt und ein Arrangement getroffen, wonach kein Grund mehr vorhanden sei, eine Colliktion zu befürchten. Endlich empfiehlt der Präsident, Truppen in Merito einzurücken zu lassen, um Entschädigung für die Vergangenheit und Schutz für die Zukunft zu erlangen.

Madrid, 5. Januar. Die Armee setzt ihren Marsch in der Richtung von Tetuan fort. Gestern haben im Thale des Roder 2000 Reiter und ebensoviele Mäuren zu Fuß einen Angriff gewagt, sind aber durch einige Artillerie-Chargen verjagt worden.

Preußen.

Berlin, 9. Januar. [Amtliches.] Ihre Majestät die Königin haben allergnädigst geruht: Der Wittve des königlichen Hof-Stickers Röhrich, Amalie Röhrich hieselbst das Prädikat Allerhöchstherrin Hof-Stickerin zu verleihen.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Den Kreisgerichts-Rath Frohme in Neuhaßensleben zum Direktor des Kreisgerichts daselbst; und den Kreisgerichts-Rath Jache in Erfurt zum Rath bei dem Appellations-Gericht in Magdeburg zu ernennen; so wie den Bureau-Vorsteher bei den Provinzial-Steuer-Direktionen in Stettin und Köln, Jillié und Niemer, den Charakter als Rechnungsrath, so wie dem Bureau-Vorsteher Wiebe bei der Provinzial-Steuer-Direktion in Danzig den Charakter als Kasseirath zu verleihen.

Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Genie-Direktor der Bundes-Festung Mainz, Major von Ernst, und dem Secunde-Lieutenant Wagner von der 3. Ingenieur-Inspektion, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers von Oesterreich Majestät ihnen resp. verliehenen Ritterkreuzes des Leopold-Ordens und des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse zu ertheilen. (St.-A.)

[Lotterie.] Die Ziehung der 1. Klasse 121. königl. Klassen-Lotterie wird nach planmäßiger Bestimmung den 11. d. M. Morgens 8 Uhr ihren Anfang nehmen, das Einzahlen der sämtlichen 95,000 Ziehungs-Nummern aber, nebst den 4000 Gewinnen gedachter 1. Klasse schon heute, Nachmittags 3 Uhr, durch die königl. Ziehungs-Kommissionen im Beisein der dazu besonders aufgeforderten Lotterie-Einnehmer Stadtrath Seeger, Burg und Hemptenmacher öffentlich im Ziehungs-Saale des Lotterie-Gebäudes stattfinden.

Berlin, 9. Januar. [Vom Hofe.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben heute im Beisein des Kommandanten, General-Majors v. Alvensleben I., die Meldungen der hiesiger kommandirten Offiziere entgegen, welche an den Beratungen über die Küsten-Verteidigung theilnehmen werden, nämlich: des Oberst-Lieutenants Behrends vom Kübeckischen Kontingent, des großherzoglich oldenburgischen Oberst-Lieutenants Plate, des hamburgischen Oberst-Lieutenants Bess und des großherzoglich mecklenburg-schwerinschen Majors Schmidt. Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent empfing außerdem den Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths Maire und des General-Majors v. Alvensleben II. Bei Sr. königl. Hoheit dem Prinz-Regenten fand heute ein Minister-Rath statt, dem auch Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm beizuhnte.

Am 31. December v. J. sind von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Schlegel, und dem hiesigen sardinischen Gesandten, Grafen v. Lannay, die Ratificationsurkunden der am 28. Okt. v. J. von ihnen unterzeichneten Additional-Convention zum Handels- und Schifffahrtsvertrage zwischen den Zollvereins-Staaten und Sardinien, vom 23. Juni 1845 ausgewechselt worden. Die Bestimmungen der gedachten Additional-Convention lauten wie folgt:

Art. I. Die Staaten des Zollvereins verpflichten sich, die gegenwärtig für sardinische Seiden bei ihrem Eingang in die Vereinigten Staaten bestehende Zölle zu ermäßigen, und zwar:

- a) für Zwirn aus roher Seide von 11 Thlr. auf 1/2 Thlr. vom Centner;
- b) für alle weißgemachte, ungefärbte Seide und Floretseide von 8 Thlr. auf 1/2 Thlr. vom Centner;
- c) für gefärbte, gewirnte Seide und Floretseide, so wie für Garn aus Baumwolle und Seide, von 11 Thlr. auf 8 Thlr. vom Centner.

Art. II. Sardinien verpflichtet sich, alle Sprite und Brantwein zollvereinsländischen Ursprungs beim Eingang in die sardinischen Staaten zum folgenden Zollsaße zuzulassen:

in Fässern:
bei einer Stärke von mehr als 22 Grad, zu 10 Frs. vom Hectolitre,
bei einer Stärke von 22 Grad und darunter, zu 5 Frs. 50 Cent. vom Hectolitre;

in Flaschen:
10 Cent. von der Flasche von 1 Litre und darunter.
Zugleich leistet die sardinische Regierung Gewähr dafür, daß den zollvereinsländischen Spriten und Brantweinen seitens der Gemeindevorstellungen in keinem Falle andere oder höhere Oetroit- oder Consumtionsabgaben auferlegt werden, als diejenigen, welche den Spriten und Brantweinen des Landes auferlegt werden.

Art. III. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll am 1. Januar 1860 in Wirksamkeit treten; sie soll gleiche Kraft und Gültigkeit mit dem Vertrage vom 23. Juni 1845 und der Additional-Convention zu dem gedachten Vertrage haben, dessen Anhang sie fortan bildet.

Art. IV. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. (St.-A.)

Berlin, 9. Jan. [Konferenz wegen der Küstenbefestigung.] Wir hatten bereits gemeldet, daß am heutigen Tage hier die Konferenzen über die Küstenbefestigung eröffnet werden sollten. Dem Vernehmen nach werden auch Prinz Friedrich Wilhelm und Prinz Friedrich Carl denselben beizuhnten. Außer dem schon genannten Chef des Generalstabes von Moltke und dem General-Major und Direktor im Kriegsministerium von Voigts-Rheß bezeichnet man noch den General-Major Böcker, bei der Festungs-Inspektion, als Vertreter Preußens bei den genannten Konferenzen. Diese höheren Militärs waren auch bei der Ausarbeitung des Vertheidigungssystems durch die im Sommer hier niedergesetzte Kommission theilhaftig, und wird der durch dieselbe ausgearbeitete Vertheidigungsplan den Beratungen der gegenwärtigen Konferenz zu Grunde gelegt werden.

[Cadetten-Anstalten.] Von den vier Vorbereitungs-Cadetten-Anstalten des preussischen Staats, welche je unter einem besonderen Direktor aus zwei Unter-Abtheilungen bestehen und worin die Schüler etwa bis zur Höhe von Secunda einer Realschule unterrichtet werden, befißt gegenwärtig die zu Kuhn 168, die zu Potsdam 232, die zu Wahlstatt 212 und die zu Bensberg 203, alle zusammen also 815 Eleven. Die Untertheilung dieser Lehrer besteht bei jenen gleich Uniform in je, nach der Reihenfolge beider Anstalten, weißen, roten, gelben und blauen Achselschläppern, worüber die Unteroffiziere der Cadetten, als Gradabzeichen, noch eine gelbweisse Tresse tragen, welche sie auch in die Haupt-Anstalt zu Berlin mitzubringen. Diese letztere umfaßt zur Zeit 446 Schüler und befißt dabei ein Lehrer- und Inspektions-Personal von zusammen einem Direktor (Oberst von Rosenburg), einem etatsmäßigen Stabs- und 21 anderen Offizieren nebst 17 Civil-Lehrern, wozu weiter noch 2 Joch- und 1 Zeichen-, 1 Schreib-, 1 Gefang-, 1 Tanz- und 12 Hilfslehrer hinzutreten. Das Ober- und Unterbeamtenpersonal dieser Anstalt umfaßt außerdem 48 Personen, endlich sind derselben auch noch 4 Tambours, 1 Stabschreiber und 9 Hantboisten beigegeben. Das gesamte Lehrer- und Verwaltungspersonal sämtlicher Cadetten-Anstalten umfaßt 278 Personen, worunter, außer den 5 Direktoren, 54 zur Dienstleistung dahin abcommandirte Offiziere. Der Lehrkursus der Berliner Hauptanstalt darf, in nur zwei Lehrklassen geordnet, etwa Secunda und Prima einer Realschule gleich geachtet werden, in militärischer Beziehung hingegen ist das Institut in 4 Kompanien getheilt. Jährlich treten aus demselben zwischen 40 bis 50 Portee-Unteroffiziere gleich als Secunde-Lieutenants und 150 bis 200 Primaner als Fähnriche in die Armee über. Das Zeitmaß des Aufenthalts ist in jeder der Vorbereitungs-Anstalten auf 4, in der Berliner Cadetten-Anstalt dagegen auf 2, resp. für die Portee-Unteroffiziere 3 Jahre berechnet. 720 von den an sämtlichen Cadetten-Anstalten vorhandenen 1261 Stellen sind sogenannte Freistellen, und zwar 240 mit einem von den Angehörigen zu zahlenden jährlichen Beitrag von 30 Thalern, 240 mit einem eben solchen von 60, und die letzten 240 endlich mit dem von 100 Thalern. Die sämtlichen übrigen Jünglinge müssen einen jährlichen Beitrag von 224 Thalern erlegen, doch kann unter gewissen vorgeordneten Umständen auch hier eine Ermäßigung bis 50 Thalern eintreten. Auch für die Aufnahmeberechtigung überhaupt, sind gewisse, indes ziemlich weit bemessene Bestimmungen vorgeschrieben. Seit Jahr und Tag bereits liegt der Plan vor, noch eine besondere Vorbereitungs-Anstalt zu Weissenfels a/S. zu gründen und das Berliner Cadettenhaus zu entsprechend vergrößern, wozu indes, da die Räumlichkeiten des Cadettenhauses in der Neuen-Friedrichstraße schon jetzt nicht mehr zureichen, notwendigerweise erst ein neues Gebäude aufgeführt werden müßte.

— Die Anwesenheit des Oberbürgermeisters von Köln, Stapp, bezieht sich auf die Angelegenheit wegen Gründung einer polytechnischen Schule in Köln. Wie bekannt, hat der Gründer des dortigen neuen Museums, Kommerzienrath Richarz, hunderttausend Thaler für die Errichtung einer polytechnischen Schule in Köln angeboten, falls die hierzu erforderlichen Mittel anderweitig herbeigeschafft würden. Der „Elberf. Ztg.“ wird darüber geschrieben: Hier scheint die Meinung vorzuwalten, daß die Gründung einer polytechnischen Schule in Aachen dem Staatsinteresse mehr entspreche. In einer desfallsigen vorläufigen Berathung soll sich auch die Mehrheit der Mitglieder des Staatsministeriums in diesem Sinne ausgesprochen haben. Die Sache dürfte aber von dem Staatsministerium nochmals in Erwägung genommen werden.

— Vorgestern fand im Lokal der Regierung zu Frankfurt a. d. D. der öffentliche Termin zur ferneren Verpachtung der bekannten Domäne Wollup im Oderbruch an. Wie man vernimmt, ist der Oberamtmann Koppe, der Sohn des Landesökonomieraths, mit 17,000 Thlr Meistbietender geblieben.

Italien.

[Rom und Paris.] Einem Privatschreiben aus Wien entnehmen wir folgende Nachrichten, die wir nach den uns bekannten Quellen, aus welchen der Verfasser schöpft, für begründet zu halten Ursache haben: Briefe wohlunterrichteter Personen in Paris stellen das vollendete Zerwürfniß zwischen dem Papst und dem Kaiser als eine nicht zu bezweifelnde Thatsache hin und bereiten auf die Abreise des päpstlichen Nuntius aus Paris vor. Von sehr kundiger Seite wird versichert, daß die Nachricht, die vor Kurzem die bevorstehende Abreise des Nuntius meldete, vollkommen begründet war; wenigstens sie damals einen offiziellen Widerspruch erfahren habe, so sei nichts desto weniger die Thatsache sicher, daß Mons. Sacconi ein Desavou der Lagueronniere'schen Broschüre oder die Pässe gefordert habe. Graf Balawski, unterstützt von dem Fürsten Metternich, habe den Bruch verhindert. Der österreichische Gesandte sehe noch jetzt seine Bemühungen fort, da der Abreise des Nuntius der Befehl des Kaisers an die französischen Truppen im Kirchenstaate, das päpstliche Gebiet zu verlassen, auf dem Fuße folgen werde. Allem Anscheine nach werde man in Rom vor dieser Eventualität nicht mehr zurück. Ein energischer Protest des päpstlichen Gouvernements gegen die durch die Broschüre enthaltenen Pläne befindet sich seit mehreren Tagen in den Händen des Nuntius; sobald derselbe übergeben ist, werden weitere Rundgebungen des römischen Stuhles erwartet. (B.-u. H.-Z.)

[Piemont's Politik in Central-Italien.] Unter dieser Ueberschrift bringt die „Westminster Review“ einen längeren Aufsatz, in welchem sie nachzuweisen bemüht ist, daß die Revolution in Toskana ohne Zuthun Cavour's, ja gegen den Willen der sardinischen Regierung eingetreten sei. Da diese Behauptung das Interesse der Neuheit für sich hat, geben wir den Inhalt des Artikels in gedrängtem Auszuge: Es ist in den beschrifteten Kreisen so oft wiederholt worden, daß die Revolution in Toskana durch sardinische Intrigen hervorgerufen wurde, und daß Buoncompagni, der beglaubigte Gesandte Sar-

diniens die geheimen Fäden derselben abspann, daß unsere Behauptung vom Gegentheil überraschend erscheinen mag. Und doch ist sie thatsächlich begründet. Mr. Buoncompagni hatte mit der Revolution nichts zu schaffen, schon deshalb nicht, weil der sardinischen Regierung daraus anfänglich nur Verlegenheiten bereitet werden konnten. Er handelte vielmehr redlich im Geiste seiner Verhaltungsbefehle, die darauf hinausliefen, den Großherzog zu einer Allianz mit Piemont zu bestimmen, die allein ihm Sicherheit gegen revolutionäre Angriffe gewähren konnte. Der Großherzog aber zeigte sich eigensinnig bis zum Aeußersten, und die Vorstellungen Buoncompagni's wurden, wie es in der vom 30. April datirten Depesche des britischen Gesandten, Mr. Scarlett, heißt, „sofort zurückgewiesen.“ Er that es, trotzdem die Polizei über das allgemeine Mißvergnügen der toskanischen Armee einen wahrheitsgetreuen Bericht abgestattet hatte. Er that es, weil er die jetzigen Zustände mit denen von 1848 in Eine Reihe stellte, weil er der Unüberwindlichkeit Oesterreich's vertraute, und sich auf seine in Bologna stehenden Truppen verlassen zu dürfen glaubte. Desio schmerzlicher traf es ihn, als diese sich am andern Tage weigerten, behufs seiner Wiedereinsetzung gegen Florenz zu marschiren; die ehrlichen Patrioten andererseits, denen es vor Allem um Vermeidung revolutionärer Umtriebe und Ausbrüche zu thun war, mußten jetzt die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ein Regierungswechsel das einzige Mittel zur Erhaltung der Ruhe und der Dynastie sei. Denn wohl erinnerte sich das Volk daran, wie der Großherzog, nach seiner freiwilligen Wiedereinsetzung im Jahre 1849, seinen Verfassungseid gebrochen, wie er ohne Noth eine österreichische Armee herbeigerufen, wie er zumal Radeky aufgefordert hatte, ihn von der „Canaille“ zu befreien. Unter diesen Umständen war es, daß der vom Großherzog zu sich beschiedene Marquis von Rajatico erklärte, es ließe sich nur, wenn der Großherzog zu Gunsten seines Sohnes abdankte, eine Aenderung der Verwaltung versuchen. Darauf erklärte der Großherzog—so berichtet eine Depesche von Mr. Scarlett—dem diplomatischen Corps, „er betrachte diesen Vorschlag als eine Beleidigung, eine seinem Charakter als Souverain zugemuthete Gewaltthat, der er sich niemals beugen werde.“ Und doch war er, nachdem er sich so geäußert hatte, bereit, mit der dreifarbigten Fahne in der Hand an einem Fenster seines Palastes zu erscheinen und Oesterreich den Krieg zu erklären. Dieses Anerbieten hat er thatsächlich gemacht, aber schon war die Zeit für derartige Demonstrationen vorbei, und die Katastrophe, die man aus Unkenntniß der Verhältnisse der sardinischen Regierung zur Last legt, war unvermeidlich geworden. Wäre Alles wirklich von Sardinien aus vorbereitet worden, wie ließe es sich dann erklären, daß die Verschwörer in Piemont, die doch unzweifelhaft Talent besäßen, im Momente des Gelingens ganz rathlos waren, was sie mit der Errungenschaft anfangen sollten! Die Wahrheit ist, daß Jedermann durch den Sturz der Dynastie überrascht wurde, und am allerunangenehmsten der Graf Cavour, der sich zu irgend etwas entscheiden mußte. An des Großherzogs Stelle hatte die Municipalität von Florenz die oberste Regierungsgewalt übernommen und sie einem Triumvirat übertragen. Dieses hingegen fühlte, daß es nur einen Rettungsweg gebe: Piemont den Oberbefehl anzubieten—und das geschah denn auch ohne Verzug. Aber auch da gab es enbloße Schwierigkeiten zu überwinden. Denn nur sehr wenige unter den Toskanern hatten sich bisher mit dem Gedanken eines Aufgebens in Piemont vertraut gemacht, das Volk im Allgemeinen hing an seinen Traditionen und Institutionen, und hatte bisher nie daran gedacht, sich von ihnen loszulösen. Deshalb mußte die provisorische Regierung der piemontesischen Regierung den Oberbefehl bloß provisorisch antragen, und doch waren auch durch diese Form die Verlegenheiten des turiner Hofes keineswegs beseitigt, denn schon sah er sich von den übrigen europäischen Höfen mit Vorstellungen wegen seiner ländergerigen Politik überhäuft. Ablehnen konnte die piemontesische Regierung das Anerbieten trotz alledem nicht. Sie hätte damit—was in einer Krise wie die jetzige das Gefährlichste ist—alles Vertrauen eingebüßt, und das ohne Regierung gelassene Mittelitalien in Diskussionen verwickelt, durch welche die glücklicherweise zum Schweigen gebrachten Parteikämpfe von Neuem aufgetaucht wären. Durch diese letzte Beforgniß wurde Cavour vermocht, den Vorschlag der Toskaner anzunehmen, doch war die dergestalt entstandene Regierung mit dem Wirrwarr ihrer Entstehung gezeichnet.

Niederlande.

Saag, 6. Januar. [Die Ministerkrise erledigt.] Heute vernimmt man, daß der Zwiespalt im Kabinete geschlichtet ist und die Minister von Tetz und van Bosse ihre Portefeuilles jedenfalls behalten, bis das Loos des Eisenbahngesetzes in der ersten Kammer entschieden sein wird. Man scheint zu beabsichtigen, die zweite Kammer bald einzuberufen, um in der möglichst kurzen Zeit den Entwurf über die Durchstichung von Holland zur öffentlichen Verhandlung zu bringen und die Ansicht der Kammer darüber zu hören. (R. Z.)

Dänemark.

B. C. Kopenhagen, 5. Januar. [Der Brief Bliren-Ginekes an den Erbprinzen.] Die ersten Zeilen des Briefes des dänischen Ministers des Auswärtigen, Baron Bliren-Gineke, an seinen Schwager, den eventuellen Thronfolger, Prinzen Christian zu Dänemark, waren bekanntlich als „besonders confidentieller Natur“ nicht veröffentlicht worden. Ein kopenhagener Blatt glaubt zu wissen, daß der Minister in denselben die Abberufung des Herrn de Votzack, der fast seit 30 Jahren die französische Regierung in Kopenhagen vertreten, und stets als gut dänisch gesinnt gegolten hat, aus der Absicht L. Napoleons, Dänemark gegen entsprechende Concessionen an Deutschland Preis zu geben, erklärt daß man in Kopenhagen—und nicht ganz mit Unrecht—derartiges behauptet ist richtig, doch glauben wir versichern zu können, daß der ausgelassene Passus in dem Bliren-Ginekes'schen Briefe sich auf etwas anderes, nämlich auf die „Breslauer Zusammenkunft“ und was einem geheimen diplomatischen Berichte zufolge dort besprochen worden sein soll, bezieht.

